nr. 1– feb/märz 2023

ecke turmstraße

Zeitung für das »Lebendige Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Ch. Eckelt

WELCHE ECKE?

Ch. Eckelt

Moabit hat bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung.
Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Turmstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecketurm@gmx.net
Einsendeschluss ist Montag, der 10. April 2023.
Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Skulptur in der Tolmien-Firmeneinfahrt, Quitzowstraße 68. Gewonnen hat Birte Geißler – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein geht Ihnen per Post zu.

Gehölzschnitt noch bis 28. Februar

Noch bis zum 28. Februar dürfen Bäume und andere Gehölze gefällt oder beschnitten werden, etwa im Zuge von Bauarbeiten oder zur Herstellung der Verkehrssicherheit. Ab 1. März beginnt dann die Nist- und Brutzeit, zum Schutz der Fauna dürfen dann bis Oktober keine Schnitt- oder Fällmaßnahmen mehr vorgenommen werden.
Das Straßen- und Grünflächenamt Mitte teilt daher vorsorglich mit, dass noch bis zum 28. Februar 2023 Schnittmaßnahmen in Grünanlagen durchgeführt werden. Bei den meisten Schnittmaßnahmen gehe es um Verkehrswegeschnitte oder um das Absetzen von Einzelgehölzen auf maximal 2/3 der Gesamthöhe. Das Verjüngen und Zurücksetzen von Gehölzflächen verursacht größere Rückschnitte. Hierbei werde auch regelmäßig die Bestandsvegetation in den Bereichen artenschutzrechtlich geprüft, um auszuschließen, dass sich dort aktuelle oder ältere Vogelnester befinden oder andere Aktivitäten von Brutvögeln stattfinden.
Im Zuge des Artenschutzes werden die Flächen abwechselnd geschnitten und die Schnittmaßnahmen über mehrere Jahre verteilt ausgeführt. Das Schnittgut wird teilweise gehäckselt und verbleibt auf den Flächen.

INHALT

Seite 3 *Kita Havelberger Straße wiedereröffnet*

Seite 4 *Wie lange ist die Turmstraße noch Fördergebiet?*

Seite 5 *Neue Mittelpunktbibliothek auf Eis gelegt*

Seite 6 *Straßenbahnausbau aktuell*

Seite 7 *Tramplanung II: Konflikte bestehen weiter*

Seite 8 *Mehrweg statt Einweg*

Seite 9 *»Campus Bredowstraße« / GSZM*

Seite 10 *Parklets / Ortstermin*

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** *Bezirk kämpft gegen Leerstand*
- **Seite 12 / 13** *Kompakte Stadt der kurzen Wege*
- **Seite 14** *Sie hatten die Wahl*

Seite 15 *Adressen + Gebietskarte*

Seite 16 *Eckensteher*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotoredaktion:
Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/team/stadtteilzeitung

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Ende April 2023.

Sieben Jahre und ein Wunder

Die Kita Havelberger Straße 21 wurde nach Sanierung und Erweiterung neu eingeweiht

»Ein Wunder«, nennt es Claudia Freistühler, die Geschäftsführerin des Kita-Trägers Kindergärten City: Es sei »ein Wunder, dass wir heute hier stehen«, in der Kindertagesstätte Havelberger Straße 21. Zur Einweihung der frisch sanierten und erweiterten Kita samt Besichtigung Ende Januar sind jene gekommen, die an der Planung und Realisierung beteiligt waren. Und das sind sehr viele – denn es war auch ein sehr langer Prozess, begleitet buchstäblich von Pleiten, Pech und Pannen: Bereits 2016 war ein erster Bauantrag gestellt worden, doch die Planung war »so nicht umsetzbar« (Freistühler) und wurde noch einmal völlig neu begonnen. Es musste eigens ein Ausweichstandort für die Kita in der Kiautschoustraße 10 provisorisch hergerichtet werden. Galoppierende Baupreise wie auch überlastete Bauunternehmen und Fachplaner führten zu Vergabe- und Bauverzögerungen. Die Insolvenz des bauleitenden Architekturbüros erzwang einen Baustopp ab dem Sommer 2019. Ein neues Planungsbüro musste gefunden werden, im stillgelegten Bau bildete sich Schimmel. Und ganz zum Schluss habe man nochmal um den Eröffnungstermin zittern müssen, denn ein wichtiges Bauteil, benötigt für die Stromversorgung, hing irgendwo in Shanghai fest. Der mittlerweile ganz alltägliche Wahnsinn eben.
Doch nun ist es geschafft. Der Geruch frischer Farbe hängt noch in der Luft, als die Kitaleiterin stolz den Tross der Gäste durch die Räume führt. Der teils ein-, teils zweigeschossige Bau aus den 60er Jahren wurde umfassend saniert und erweitert, energetisch auf den neuesten Stand gebracht und verfügt nun unter anderem über eine Fußbodenheizung. Die Betreuungskapazitäten wurden durch die Erweiterung um 38 auf 158 Kitaplätze erhöht – und Kitaplätze werden im Gebiet dringend benötigt.

Ch. Eckelt

Kinderküchenzeile in der Kita Havelbergerstraße 21

Neue pädagogische Konzepte

Durch die Fenster der lichtdurchfluteten Räume öffnet sich der Blick in den großen Garten mit eigenem Krippenbereich. Die Räume sind nach Funktionen aufgeteilt: vom Nestbereich, in dem die Jüngsten ankommen können, über den Ruhe- und den Bewegungsraum, die beeindruckend ausgestattete Werkstatt und das »Atelier« für kreative Betätigung bis hin zum »Kinderrestaurant«. Hier offenbart sich auch ein neuer pädagogischer Ansatz: Beispielsweise wird nicht mehr wie früher strikt zur festgelegten Zeit Essen ausgeteilt, sondern die Kinder können sich zwischen 12 und 14 Uhr selbst am Büffet mit Wärmebehältern bedienen; eine Küchenzeile auf Kinderhöhe lädt zudem zum gemeinsamen »echten« Kochen ein. Die Kinder sind auch nicht mehr an feste Gruppen gebunden, sondern können selbst entscheiden, in welchem Raum sie sich betätigen wollen. Die einzelnen Funktionsbereiche werden jeweils von pädagogischen Fachkräften betreut. Es ist ein moderner Ansatz offener pädagogischer Arbeit, die sich ganz an den individuellen kindlichen Bedürfnissen und Neigungen orientiert und diese in den Mittelpunkt stellt. Für die Besprechungen der Erzieherinnen und Erzieher und auch für Gespräche mit den Eltern gibt es außerdem einen separaten Raum.

Die Kita wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Mitte und Kindergärten City als Träger und Eigenbetrieb des Landes Berlins erneuert. Insgesamt dauerte der Prozess stolze sieben Jahre, die Gesamtkosten des Um- und Ausbaus der Kita betrugen ca. 6,9 Mio. €, wovon ca. 4.4 Mio. € aus dem Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere« und 1,8 Mio. € bezirkseigene Mittel in Anspruch genommen wurden. Die Kita liegt nicht direkt im Fördergebiet Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße, steht aber in dessen unmittelbaren funktionalen Zusammenhang und dient der Gebietsbevölkerung mit der Versorgung von Kita-Betreuungsplätzen.
Seit dem 6. Februar können wieder Kinder die Kita Havelberger Straße 21 besuchen. Sie werden dann sicher auch mehr Farbe in den bislang noch von Weißtönen dominierten Bau bringen. *us*

Förderung nur noch bis 2024

Die Laufzeit des Fördergebiets Turmstraße wird um zwei Jahre verkürzt

Seit 2008 ist die Turmstraße in Moabit ein Fördergebiet im Bund-Länder-Programm »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren« (seit 2020 heißt das Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere«). Die Laufzeit der Förderung wurde ursprünglich bis 2026 angesetzt. Doch mit einem Schreiben vom 19. September letzten Jahres teilte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen dem Bezirksamt Mitte zum Fördergebiet Turmstraße mit, man wolle den bisher vorgesehenen Förderzeitraum um zwei Jahre auf 2024 verkürzen. Grund seien einerseits der fortgeschrittene Umsetzungsstand der geplanten Maßnahmen, andererseits die Personalengpässe vor allem in den bauenden Ämtern, die eine Umsetzung weiterer Bauprojekte wenig wahrscheinlich erscheinen ließen. Es werde darum gebeten, alle ausstehenden Mittelbedarfe für das letzte Programmjahr 2024 anzumelden.

Umgehend reagierte der Fachbereich Stadtplanung des Bezirks Mitte darauf mit einer Stellungnahme. Darin verweist er auf die aus seiner Sicht wenig transparente Entscheidungsfindung und die mangelnde Abstimmung im Vorfeld. Die Personalengpässe in den bauenden Ämtern betreffe zudem alle Fördergebiete im Bezirk. Weshalb dies in einem zu der vorgesehenen Laufzeitverkürzung führe, in allen anderen nicht, sei nicht nachvollziehbar. Auch sei es nicht möglich, alle prioritär noch umzusetzenden Projekte bis zum Stichtag 31. 3. 2023 der Programmanmeldung für das Programmjahr 2024 in der verlangten Qualität vorzubereiten.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen antwortete darauf in einem weiteren Schreiben vom Dezember 2022, in dem der Argumentation des Bezirks in wesentlichen Punkten nicht gefolgt wird. Es sei nicht zu erwarten, dass eine verlängerte Laufzeit gerade auch vor dem Hintergrund begrenzter Bearbeitungskapazitäten (vor allem des bezirklichen Straßen- und Grünflächenamts, d. Red.) zu einem wesentlich besseren Zielerreichungsgrad führen würde.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen bot dem Fachbereich Stadtplanung einen Gesprächstermin zur Klärung offener Fragen an. Allerdings, so das Büro KoSP als Prozesssteuerer für das Fördergebiet, lehre die Erfahrung aus früheren Fördergebietsbeendigungen, »dass das vorgezogene Ende der Förderung kaum noch zu verhindern sein wird«.

Eine »Vollbremsung« der Förderung werde es jedoch insofern nicht geben, weil es Finanzierungszusagen aus älteren Programmjahren bis in die Jahre 2025 und 2026 gibt. Nun müsse es darum gehen, mit der Bedarfsanmeldung für das Programmjahr 2024 die realistischer Weise noch realisierbaren Projekte in den folgenden Kassenjahren bis 2028 bestmöglich abzusichern. Zur Wahrheit gehöre aber auch, so KoSP, dass Vorhaben wie die Entwicklung der Jugendverkehrsschule Moabit wohl aus anderen Quellen finanziert werden müssen. Das ist bitter, weil sich die vorhergehende Stadtteilvertretung Turmstraße besonders für die Ertüchtigung der Jugendverkehrsschule engagiert hatte.

Unabhängig von der Laufzeitverkürzung der Förderung bleibt das Gebiet Turmstraße jedoch noch Sanierungsgebiet bis 2026, das rechtliche Instrumentarium des Sanierungsrechts bleibt hier also weiter in Kraft. *us*

Geänderte Sprechzeiten der Mieterberatung

Die Mieterberatungsgesellschaft Prenzlauer Berg hat ihr Beratungskonzept geändert. Es gibt nun dauerhaft jeweils einmal die Woche eine Vor-Ort-Beratung und eine telefonische Beratungszeit, um auch den vorsichtigen und weniger mobilen Ratsuchenden eine Gesprächsmöglichkeit zu bieten.

Mieterberatung für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße, Birkenstraße und Thomasiusstraße sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße:
Mo 16–18 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Do 10–13 Uhr telefonisch unter (030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de

Neue Mittelpunktbibliothek auf Eis

Das Vorhaben eines Hybrid-Neubaus für Bibliothek und Staatsanwaltschaft droht zu scheitern

Ob der geplante »Hybrid-Bau« an der Turmstraße 22, der sowohl die kommunale Mittelpunktbibliothek für das Gebiet als auch Räume für die Staatsanwaltschaft aufnehmen sollte, in absehbarer Zeit überhaupt gebaut wird, steht derzeit in den Sternen. Denn die Senatsfinanzverwaltung hat im Herbst letzten Jahres die Finanzierung des ehrgeizigen Projekts, an dem sowohl der Bezirk Mitte als auch die Senatsverwaltung für Justiz und die für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen beteiligt gewesen wären, auf Eis gelegt. Auch ein Ausnahmeantrag des Bezirks, um wenigstens die Planungsleistungen dafür weiterführen zu dürfen, wurde abgelehnt.

Für den Bezirk bedeutet das, dass die Bruno-Lösche-Bibliothek in der Perleberger Straße weiter in sanierungsbedürftigen und viel zu kleinen Räumen, noch dazu in einem angemieteten Objekt ausharren müsste. Ohne einen neuen Bibliotheksstandort müsste der Bezirk noch einmal richtig Geld in einen Standort ohne langfristige Perspektive investieren. Ähnlich geht es der Staatsanwaltschaft, die derzeit in angemieteten Flächen untergebracht ist, was das Land Berlin viel Geld kostet – zumal der abgeschlossene Mietvertrag auch noch (zu vermutlich höherer Miete) verlängert werden müsste.

Der Hybridbau sollte zudem eines von sechs Pilotprojekten der Senatsbauverwaltung werden, die die Mehrfachnutzung von Gebäuden erproben, um Ressourcen zu schonen. Doch allein sehen sich weder der Bezirk noch die Senatsjustizverwaltung in der Lage, den Neubau aus eigenen Kräften zu stemmen. Die Justizverwaltung führt derzeit noch Gespräche mit der Senatsverwaltung für Finanzen. Doch ob diese ihre Entscheidung revidieren wird, ist derzeit mehr als fraglich. *us*

Fifty-fifty!

Auch 2023 steht der Gebietsfonds zur Förderung kleinerer Investitionsvorhaben bereit

Sie wollen kleinere Investitionen an Ihrem Geschäft vornehmen, die auch die Attraktivität der Geschäftsstraße steigert? Der Gebietsfonds geht in die nächste Runde! Mit ihm werden Projekte gefördert, die im Gebiet des Lebendigen Zentrums Turmstraße umgesetzt werden und die die Attraktivität als Einzelhandels- und Gewerbestandort steigern. Mit dem Gebietsfonds lässt sich Ihr Projekt leichter umsetzen.

Die Aufwertung Ihrer Ladenfront, Außengastronomie, Wandgestaltungen, eine Begrünung vor ihrem Geschäft – Ihren Ideen sind keine Grenzen gesetzt. Ihre Projekte können durch den Gebietsfonds mit bis zu 50 % der Investitionskosten gefördert werden. Unter dieser Grundvoraussetzung werden vor allem Maßnahmen zur Gestaltung des öffentlichen Raums bzw. der Stadtbildpflege, kleinere Baumaßnahmen und Investitionen an und in Gebäuden sowie Marketing- und Öffentlichkeitsmaßnahmen gefördert.

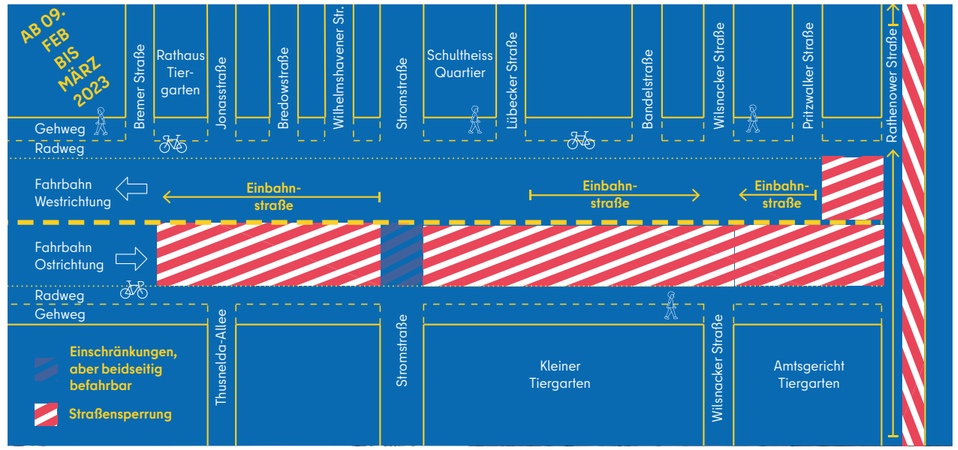
Das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße berät sie gern und lässt Ihnen bei Bedarf die notwendigen Unterlagen zukommen. Anträge können das ganze Jahr über gestellt werden, bis die Mittel des Gebietsfonds verbraucht sind. Eine Jury lokaler Akteurinnen und Akteure begutachtet die Anträge und entscheidet über die Höhe der Förderung. *us*

TIM – Treffen der Gewerbetreibenden 2023

Die TIM (Turmstraßen-Initiative Moabit), ein Zusammenschluss Moabiter Gewerbetreibender, trifft sich regelmäßig alle zwei Monate zum TIM-Frühstück, um bei Kaffee und Croissants Infos über aktuelle Themen auszutauschen, gemeinsame Strategien zu entwickeln und Marketingaktionen sowie Projekte zu planen. Die Treffen finden immer mittwochs um 8.30 Uhr im Stadtteilladen Krefelder Straße 1A statt. Die Termine in diesem Jahr sind am 15. März, 17. Mai, 12 Juli, 20. September und 15. November.

Neu sind die TIM-Feierabende: Treffen, bei dem Gewerbetreibende und Interessierte zum informellen abendlichen Austausch eingeladen sind. Der nächste Termin ist der 19. April ab 19 Uhr im Café Wunder (Jonasstraße 7). Auch die TIM-Feierabende werden alle zwei Monate stattfinden, weitere Standorte sind aber noch nicht festgelegt. Wenn Sie Interesse haben, Ihren Raum für einen TIM-Feierabend zur Verfügung zu stellen, lassen Sie es das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße bitte wissen! *us*

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße Stadtteilladen
Krefelder Straße 1A, 10555 Berlin
Sprechzeiten vor Ort: Di 15–18 Uhr, Do 9–11 Uhr
www.turmstrasse.de, gsm@turmstrasse.de,
(030) 23 93 85 08



Tramausbau: Ende in Sicht

Witterungsbedingt könnte es noch zu Verzögerungen kommen

Zwar wirken Turm- und Rathenower Straße auf den ersten Blick immer noch wie eine ewige Großbaustelle, dennoch ist der Fortschritt der Bauarbeiten nicht zu übersehen: Inzwischen wird bereits an der vorläufigen Endhaltestelle der verlängerten Tramstrecke M10 in Höhe des Rathauses Tiergarten gearbeitet. Insgesamt muss man sagen: Für Berliner Verhältnisse geht der Bau der Tramverlängerung bemerkenswert reibungslos und ohne nennenswerten Zeitverzug über die Bühne.
Seit Mitte August 2021 sind die Baustellenarbeiten im Zuge des Straßenbahnausbaus in vollem Gang. Die Linie M10, die bisher am Hauptbahnhof endet, wird um 2,2 Kilometer zum U-Bahnhof Turmstraße verlängert. Künftig sollen die Straßenbahnen im 5- bis 10-Minuten-Takt fahren und umsteigefrei den Prenzlauer Berg, den Hauptbahnhof und Moabit verbinden. Ab dem Hauptbahnhof bzw. der Lüneburger Straße als bisheriger Endstation werden vier neue barrierefreie Haltestellen mit jeweils zwei Zugängen sowie eine neue Richtungshaltestelle gebaut.

Die Straßenbahnstrecke soll voraussichtlich im Juni 2023 fertiggestellt und eröffnet werden. Bis dahin wird es zu Beeinträchtigungen insbesondere im Straßenverkehr kommen.
Aktuell ist die Südseite der Turmstraße zwischen Thusnelda-Allee und Rathenower Straße für den motorisierten Verkehr in Ostrichtung gesperrt (siehe Zeichnung). Auf der nördlichen Seite der Turmstraße ist die Fahrbahn zwischen Bremer Straße und Pritzwalker Straße inzwischen freigegeben, nur noch der Abschnitt zwischen Pritzwalker und Rathenower Straße ist gesperrt. Auch die Stromstraße ist nahezu uneingeschränkt befahrbar, Einschränkungen gibt es lediglich noch im Kreuzungsbereich Turm-/Stromstraße.
Da die Bauarbeiten jedoch ein dynamischer Prozess und derzeit stark witterungsabhängig sind, kann es zu Abweichungen in den Bauabläufen und damit verbundenen Sperrungen kommen. *us*

Weitere Informationen zum Tramausbau und zu den Baumaßnahmen erhalten Sie unter www.meinetram.de
Bei Fragen rund um den Bauablauf wenden Sie sich bitte per Mail an: anlieger.turmstrasse@bvg.de
Für weitere Fragen, Probleme etc. steht Ihnen das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße zur Verfügung. gsm@turmstrasse.de, www.turmstrasse.de

Stephans – der Nachbarschaftsladen

Seit Ende 2021 gibt es im Stephankiez in der Stendaler Straße 9 einen neuen Nachbarschaftsladen. Hier finden Angebote von Beratung über Selbsthilfe bis zu Freizeitgestaltung statt. Seit Ende Januar heißt es dort: »10 Stationen durch die Welt der Kunst – Fahrplan mit dem 0-Euro-Ticket«. An zehn Terminen (bis 16. Juni) lädt der Nachbarschaftsladen Stephans alle zwei Wochen freitags zu Begegnungen mit der Kunst ein. Einige Highlights: Am 24. Februar zeigt die Künstlerin Hanna Perla Niedermann »Bildhafte Teppiche«. Die Poetin Brigitte Windt zeigt am 10. März in ihrem Workshop »Schreibvergnügt unterwegs«, dass jeder kreativ schreiben kann. Höhepunkt des Programms ist der 16. Juni. Dann wird der Abschluss der Reise durch die Kunstwelt gefeiert.
Die Veranstaltungen finden immer um 18 Uhr im Stephans statt (Stendaler Straße 9, 10559 Berlin Moabit). Den Flyer mit der Auflistung aller Stationen kann man unter moabiter-ratschlag.de/stephans-nachbarschaftsladen herunterladen.

Ein unruhiges Bild

Die Tramverlängerung durch Moabit bleibt ein Konfliktpunkt

Einer der neuralgischen Punkte der Planung ist der Kreuzungsbereich Turmstraße/Beusselstraße.

Der Konflikt besteht weiter: wie in dieser Zeitung bereits berichtet, gibt es grundlegende Differenzen zwischen den Planern der Senatsverkehrsverwaltung (SenUMVK) einerseits und dem Bezirk Mitte sowie der Stadtteilvertretung Turmstraße andererseits darüber, wie die geplante Tramverlängerung vom U-Bahnhof Turmstraße bis nach Jungfernheide im Moabiter Abschnitt gestaltet werden soll.
Der Bezirk Mitte favorisiert für die verlängerte Streckenführung durch die Turmstraße das »modifizierte Kasseler Modell«, wie es die Stadtteilvertretung Turmstraße vorgeschlagen hatte. Dabei werden beide auch von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenSBW) unterstützt, denn die hatte als Fördergeber erhebliche Mittel aus dem Programm »Lebendige Zentren und Quartiere« u.a. in die Erneuerung der Seitenbereiche der Turmstraße investiert. Bei einem Streckenbau, wie sie die Senatsverkehrsverwaltung vorschlägt, müssten diese Bereiche wieder um- und rückgebaut werden, was SenSBW natürlich ablehnt.
In einem gemeinsamen Brief hatten sich Mittes Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung Ephraim Gothe und die Bezirksstadträtin Almut Neumann, zuständig u.a. für Umwelt und Verkehr, an die Senatsverkehrsverwaltung gewandt mit der Bitte, die Planungen nochmals zu überdenken – doch bislang deutet nichts darauf hin, dass die Planer der Senatsverkehrsverwaltung dies beherzigen würde. Vielmehr zeigte ein Treffen der Stadtteilvertretung mit den Senatsplanern im Dezember letzten Jahres, dass letztere alle Einwände wegreden und nicht bereit sind, irgendetwas an den Plänen zu ändern.

Neuer Brief des Stadtrats

Nun hat sich erneut Bezirksstadtrat Ephraim Gothe mit einem Brief, datiert auf den 4. Januar, an die Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz gewandt. Darin meldet er erneut Dissens in wesentlichen Punkten der Planung an. So wird kritisiert, dass »die Tram-Planung unter der Annahme vorgenommen (wird), dass der Status Quo der MIV-Belastung (MIV = motorisierter Individualverkehr, d.Red.) einfach fortgeschrieben wird. Dies wird angeblich damit begründet, dass der Bezirk es verabsäumt habe, die Straße im Vorfeld im Sinne einer Verkehrsberuhigung umzuwidmen. Dieses Argument verkennt, dass die Netzzuständigkeit in Ihrem Hause und nicht im Bezirk liegt – im Bestand und in der Planung (…) ist die Turmstraße Bestandteil des Übergeordneten Netzes, Stufe 3, örtliche Verbindung.«
Weiter kritisiert Gothe, dass »statt des für diesen Abschnitt der Turmstraße aus städtebaulicher Sicht zu bevorzugenden ›modifizierten Kasseler Modells‹ erneut eine Planungsvariante mit besonderem Bahnkörper vorgelegt« werde. Dieses konterkariere das städtebauliche Ziel, in diesem beidseitig durch kleinteiliges Gewerbe geprägten Abschnitt der Turmstraße die trennende Wirkung zu verringern. »Im Gegenteil, die trennende Wirkung wird verstärkt.«
Zum dritten werde, so Gothe weiter, durch den Wechsel von Bahnsteigen in Mittellage und Randlage die Chance vergeben, einen gestalterisch ruhigen und geradlinigen Verlauf der Tramgleise zu erreichen. »Stattdessen gehen die Gleislagen in ständigem Wechsel auseinander und wieder zusammen.« Dies wird von den Bordsteinen und Radstreifen aufgenommen. Im Gesamtergebnis entsteht ein sehr unruhiges Bild des öffentlichen Raumes, was kontradiktorisch zu dem ausgesprochen geradlinigen Verlauf der Blockkanten steht.«
In Abstimmung mit Stadträtin Dr. Almut Neumann bittet Stadtrat Gothe daher nochmals um ein Gespräch zu dieser Planung. Zudem schlägt er vor, für diesen Streckenabschnitt ein »konkurrierendes Verfahren mit Teams aus Freiraumplanungs- und Straßenplanungsbüros ins Auge zu fassen, um zu einem gestalterisch befriedigenden Ergebnis zu gelangen«. Eine Antwort steht bislang noch aus.
SenUMVK will nun einen Ersatztermin für das im letzten Jahr kurzfristig abgesagte Fachgespräch durchführen. *us*

Ch. Eckelt

Willkommen im Mehrwegdschungel

Das neue Verpackungsgesetz zeichnet sich nicht unbedingt durch Praxisnähe aus

Die seit Jahren zunehmende Takeaway- und To-go-Kultur hat buchstäblich eine Kehrseite: Sie zieht tonnenweise Verpackungsmüll nach sich, der in Form von Kaffeebechern, Pizzakartons und Styroporverpackungen nicht nur die Mülleimer überquellen lässt, sondern auch auf Straßen, Plätzen oder in Parks liegenbleibt. Deutschlandweit werden allen durch Takeaway-Behälter 770 Tonnen Verpackungsmüll produziert – pro Tag.
Um diese Flut von Einwegverpackungen einzudämmen, wurde jüngst das Verpackungsgesetz verschärft: Seit 1. Januar sind gastronomische Einrichtungen wie Cafés, Bistros, Kantinen und Restaurants verpflichtet, auch Mehrwegverpackungen als Alternative zum Einwegplastik anzubieten. Gastronomen müssen zudem mit gut lesbaren Informationsschildern auf dieses Angebot hinweisen. Ausnahmen gibt es für Läden bis 80 Quadratmeter und mit weniger als sechs Mitarbeitern.

Im Fördergebiet Turmstraße hat das auf zwei Jahre angelegte Projekt „Mehrweg statt Einweg“ des Vereins Life e.V. versucht, die Gastronomiebetriebe im Gebiet darauf vorzubereiten. Mit Informationsveranstaltungen, Workshops, Beratungsangeboten und auch kulinarischen Kiezspaziergängen, bei denen Moabiterinnen und Moabiter die Mehrwegbereitschaft einzelner Lokale testen und mit den Gastronominnen und Gastronomen ins Gespräch kommen konnten.
Wie sieht es nach dem Inkrafttreten des neuen Verpackungsgesetzes in Moabit aus? Nach Beobachtungen des Geschäftsstraßenmanagements Turmstraße böten jetzt viel mehr Gastrogebiete Mehrwegverpackungen an, nutzen aber unterschiedliche Anbieter für Mehrweggeschirr. Und die Entwicklung vollziehe sich erst langsam.
Bundesweit gestaltet sich die Umsetzung eher mau. So ergaben Stichproben von Greenpeace, dass mehr als die Hälfte der besuchten Läden weiter nur Einweg anbot. Gerade für kleinere Läden ist die Umsetzung platz- und kostenintensiv: Mehrweggeschirr muss gekauft und untergebracht werden, manche müssen Spülmaschinen anschaffen etc.

Viele der neu entstehenden Probleme sind hausgemacht: Zum einen ist jedes Gesetz nur so gut wie die Kontrolle seiner Einhaltung, und daran hapert es schon wegen des allgegenwärtigen Personalmangels. Zum anderen ist das Gesetz eher mit heißer Nadel gestrickt und wenig praxisnah.
Denn nun kommt eine Vielzahl an Mehrwegsystemen in Umlauf. Große Ketten (z.B. Edeka, McDonald’s oder Starbucks) haben ihr eigenes System. Meist verlangen sie Pfand, allerdings kann man die Behälter dann auch nur in Filialen des jeweiligen Unternehmens zurückgeben. Die Vielzahl der Mehrwegsorten führt dazu, dass man – selbst wenn ein Laden Mehrweg bereithält – als Kunde die Behältnisse meist auch nur dort und in keinem anderen Geschäft wieder zurückgeben kann. Nutzerfreundlich ist das nicht. Noch komplizierter wird es, wenn man sich Essen von den gängigen Lieferdiensten bringen lässt. Zum einen, weil noch längst nicht alle dort vertretenen Restaurants Mehrweg anbieten, zum anderen, weil die Kuriere die Mehrwegbehälter nach Gebrauch nicht wieder zurücknehmen – dafür sind schließlich die jeweiligen Restaurants zuständig.
Zwar gibt es auch Anbieter von Systemlösungen, doch auch die funktionieren unterschiedlich: mal erfolgt die Pfandzahlung beim Kauf, andere nutzen Rückgabe-Apps. So entsteht ein regelrechter Mehrweg-Dschungel, der am Ende – so ist zu befürchten – wenig an der Müllflut ändert.
Wer als Konsument Verpackungsmüll vermeiden will, fährt wohl derzeit immer noch am besten, sich eigene Behälter mitzunehmen. Dieses Prinzip gab es übrigens zu Uropas Zeiten auch schon: da hieß es noch Henkelmann. *us*

Website mit neuem Look

Die Website für das Sanierungs- und Fördergebiet Turmstraße wurde in den letzten Monaten einem Relaunch unterzogen, dessen Ergebnis nun bald freigeschaltet wird. Sie ist weiterhin unter der Adresse www.turmstrasse.de abrufbar, aber sie wurde inhaltlich auf den neusten Stand gebracht und ist übersichtlicher und nutzerfreundlicher gestaltet.
Die Website informiert über Entwicklungsziele im Sanierungsgebiet und »Lebendigen Zentrum Turmstraße«, über bereits abgeschlossene und aktuelle Projekte und Vorhaben sowie über die Akteure im Erneuerungsprozess. Wichtige Dokumente sind in einem Download-Ordner abrufbar. Integriert ist auch das Archiv aller bisher erschienenen Ausgaben der »Ecke Turmstraße«, die jeweils als PDF heruntergeladen werden können. Zudem ist die Website auch mit anderen wichtigen Akteuren des Gebiets und informativen Internet-Inhalten verlinkt. *us*

Ch. Eckelt

Vom Bredow-Treff zum Campus Bredowstraße

Die Moabiter Kinder- und Jugendfreizeitstätte soll weiterentwickelt werden

Das Wolfgang-Scheunemann-Haus mit dem »Bredow-Treff« in der Bredowstraße 31-32 ist die größte gebietsversorgende Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in Moabit – bis zu 90 Kinder und Jugendliche verbringen hier pro Tag ihre Freizeit. Doch das Gebäude ist in die Jahre gekommen: Das Haus wurde Ende Januar 1961 eingeweiht, also vor fast genau 62 Jahren.
Der Standort soll in den kommenden Jahren unter dem Projekttitel »Campus Bredowstraße« weiterentwickelt werden. Mit der Formulierung der inhaltlichen und räumlichen Bedarfe, der Entwicklungsziele und des künftigen Standortprofils befasst sich eine Projektrunde, die bislang aus einem größeren Kreis von Vertreterinnen und Vertretern der Einrichtung selbst, der bezirklichen Fachämter, kooperierender Träger und des Büros KoSP als Prozesssteuerer bestand.
Statt der ursprünglich geplanten Sanierung des Bestandsgebäudes ist nun ein Neubau an dessen Stelle geplant. Er soll künftig sowohl ein inklusiver Treffpunkt für junge Menschen als auch ein lebendiger Lernort mit Bildungsangeboten sein. Zudem soll eine nachhaltige Architektur und Gestaltung des Gebäudes samt Umfeld einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Bis zur Realisierung ist es allerdings noch ein weiter Weg: mit einem Baubeginn ist nicht vor 2027 zu rechnen, auch die Finanzierung ist noch nicht gesichert.
Jetzt beginnt zunächst die Stufe öffentlicher Beteiligungsverfahren für das Projekt. Im April bzw. Mai sollen die Kinder- und Jugendbeteiligung stattfinden, sie wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung bzw. dem Kinder- und Jugendbüro des Bezirksamtes organisiert. Ebenfalls im Frühjahr soll die frühzeitigen Erwachsenenbeteiligung stattfinden. Hierzu wird das Büro KoSP relevante Akteure aus dem Umfeld der Einrichtung einladen, also u.a. Schulen, Kitas, Sportvereine sowie insbesondere auch die Stadtteilvertretung Turmstraße und Quartiersräte. Ziel wird es sein, Empfehlungen zum Raumprogramm, zu Nutzungen sowie Ausstattungen zu sammeln und zu priorisieren. *us*

GSZM: Leitbild gesucht!

Am 2. März findet ein Beteiligungsworkshop mit Moabiter Akteuren statt

Wie bereits berichtet, soll das Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit (GSZM) wegen seines großen Potenzials zu einem »klimaresilienten und CO_2-neutralen Quartier für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen« entwickelt und ausgebaut werden. Einen entsprechenden Beschluss hatte die BVV Mitte im Jahr 2020 gefasst.
Ein so komplexes wie bislang eher abstraktes Vorhaben muss natürlich konkretisiert werden und kann nur in vielen Teilschritten umgesetzt werden. Zunächst soll ein Leitbild für das GSZM-Areal als zentrale Voraussetzung für einen Masterplan entwickelt werden. Desweiteren ist für die Entwicklung des Standortes in diesem Jahr der Start eines städtebaulichen und freiraumplanerischen Wettbewerbsverfahrens geplant.
In Vorbereitung auf dieses Verfahren findet am 2. März eine Veranstaltung zur Leitbildentwicklung statt. Das Stadtentwicklungsamt Mitte, die BIM als Eigentümerin des Areals und die KoSP GmbH laden hierzu die Nutzerinnen und Nutzer, die unmittelbare Nachbarschaft des GSZM sowie wichtige Akteure und Multiplikatoren in Moabit (insbesondere auch die Stadtteilvertretung) zu einem gemeinsamen ca. 2,5-stündigen Workshop am 2. März ab 18 Uhr im BVV-Saal des Rathauses Tiergarten ein.
Ziel der Veranstaltung ist es, die bisher formulierten Leitlinien, Ziele und vorgeschlagenen Maßnahmen zu diskutieren und zu ergänzen. Diese wurden auf Basis von Gesprächen mit den größeren Nutzerinnen und Nutzern des Geländes, eines internen Workshops mit der BIM und dem Bezirksamt sowie einem Fachämterworkshop entwickelt. Desweiteren dient die Veranstaltung der Information über die bisherigen Verfahrensschritte und den anstehenden Wettbewerblichen Dialog. Dessen offizieller Start ist Ende 2023 vorgesehen. Die Ideen aus dem Workshop werden in die Wettbewerbsausschreibung einfließen. *us*

Parklets für die Bremer?

Für den Nahraum Bremer Straße wird die Möglichkeit von Parklets geprüft

Für den Nahraum Bremer Straße und die Birkenstraße soll geprüft werden, ob dort die Möglichkeit zur Einrichtung von Parklets gegeben wäre und wenn ja, ob eine Finanzierung über das SenUMVK-Programm oder über das Begrünungsprogramm Turmstraße möglich wäre.
Wie in unserer letzten Ausgabe berichtet, hat das Bezirksamt Mitte einen Leitfaden zur Errichtung von Parklets, Hochbeeten und Schankvorgärten in Mitte herausgegeben. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, dass Parkbuchten im öffentlichen Straßenland entweder für Schankvorgärten von anliegenden Gaststätten, für Parklets als Orte der Begegnung oder für mehr Pflanzen im Straßenbild im Rahmen von Hochbeeten genutzt werden können. Die Festlegungen des Leitfadens dienen als Orientierung für das Straßen- und Grünflächenamt Mitte bei der Standortwahl und der Prüfung der Genehmigungsfähigkeit von Schankvorgärten, Parklets und Hochbeeten in Parkbuchten. Zugleich schaffen sie Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger bei der Bewilligungspraxis des Bezirksamtes Mitte.
Der »Nahraum Bremer Straße« ist mit wichtigen sozialen Einrichtungen (u.a. Jugendverkehrsschule, Wolfgang-Scheunemann-Haus) und mit seinen Grünflächen ein wichtiger Stadtraum, der bislang jedoch trotz des hohen Bedarfs an Instandsetzungs- und Qualifizierungsmaßnahmen kaum gefördert wurde. Deshalb wurde 2018/2019 ein Nachhaltigkeitskonzept mit dem Schwerpunkt Klimaresilienz entwickelt und 2020 von der BVV Mitte beschlossen, Einzelprojekte wie das Wolfgang-Scheunemann-Haus sind inzwischen in Arbeit (siehe S. 9). *us*

Ch. Eckelt

Ortstermin 2023: Open Call zur Teilnahme

Das diesjährige Moabiter Kunstfestival steht unter dem Motto »Gastspiel«

Das jährlich stattfindende Festival ORTSTERMIN lädt Kunst- und Kulturschaffende diverser Medien dazu ein, das Kunstfestival vom 1. bis zum 3. September mit ihren Beiträgen zu gestalten. In diesem Jahr geht es darum, Moabit und das Hansaviertel für ein Wochenende zu einem Ort des Gastgebens werden zu lassen.
Das Gastgeben ist facettenreich – es umfasst alle Aspekte des zwischenmenschlichen Lebens und ist Basis unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Es bedeutet Offenheit gegenüber dem Gast, seinen Haltungen, seinen Handlungen und seinem Denken. Die Kehrseite der Gastfreundschaft sind Ausgrenzungen – »Du bist hier zu Gast!« kann auch eine Drohung sein. Das Zu-Gast-Sein wird ein enges Korsett, ein Verhaltenskatalog, der vorschreibt, was man darf und was nicht.
Der Ortstermin 23 wird zum Experimentierfeld von Gastgeberinnen und -gebern sowie Gästen, um Regeln der Zusammenkunft zu testen, zu brechen und neu aufzustellen, neue Orte und Ideen zu entdecken und neue (Gast-) Freundschaften entstehen zu lassen. Über das Wochenende entsteht ein Bezirk der Begegnungen, des Empfangenwerdens und Teilens.
Wo befinden wir uns und wer lebt und arbeitet hier? Was macht Moabit als Stadtteil aus und was ist das Besondere der einzelnen Ausstellungsorte? Für diese Fragen öffnen sich die Türen von unterschiedlichsten Orten, von Ateliers bis hin zu Kneipen.
Macht mit! Der Kunstverein Tiergarten ruft alle interessierten Künstlerinnen und Künstler dazu auf, sich mit dem Gastgeben auseinanderzusetzen. Werdet mit eurem Atelier, eurer Galerie, eurer Privatsammlung oder eurem (Ausstellungs-) Projekt Teil des Ortstermins. Ihr habt Räumlichkeiten, ein Lokal oder ein Schaufenster und möchtet sie für ein Gastspiel öffnen? Auch damit könnt ihr euch bei dem Open Call bis zum 31. Mai bewerben! Lasst uns gemeinsam in Moabit willkommen heißen.

ORTSTERMIN 23 – Kunstfestival in Moabit und im Hansaviertel vom 1. bis 3. September 2023
Ein Projekt des Kunstverein Tiergarten e.V.
Anmeldung erbeten über die Website
ortstermin.kunstverein-tiergarten.de bis zum 31. Mai

Die Lübecker Straße könnte eigentlich auch ein paar Parklets zur Begrünung gebrauchen …

Der Bezirk stößt an Grenzen

Kampf gegen Wohnungsleerstand mit Hilfe des Zweckentfremdungs-Gesetzes

Der Bezirk Mitte nimmt den Kampf gegen illegalen Wohnungsleerstand sehr ernst. Allerdings stößt er dabei an Grenzen: Insbesondere die lange Verfahrensdauer von Auseinandersetzungen vor den Verwaltungsgerichten und die angespannte Personalsituation in den befassten Ämtern erschweren die effektive Umsetzung des Berliner Gesetzes gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum. Dennoch bittet der Bezirk die Bevölkerung um Hinweise auf Wohnungsleerstand oder anderweitige Zweckentfremdungen.

Fast jedes Verfahren landet vor Gericht

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hat im vergangenen Juni das Bezirksamt Mitte dazu aufgefordert, einen »Masterplan gegen Leerstand« zu vorzulegen. Das Gremium aus der Bezirksbürgermeisterin und den fünf Bezirksstadträten bzw. -innen hat dem Bezirksparlament jetzt geantwortet.
In dem Beschluss vom 31.1.2023 versichert die Bezirksbürgermeisterin, dass Mitte den vorgegebenen gesetzlichen Rahmen so weit wie möglich ausnütze. »Dieser Weg ist allerdings langwierig, da fast jedes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin und in zweiter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg landet. Dies dauert aufgrund der stark belasteten Gerichte zwischen 2 und 6 Jahren und spielt leider gerade den Spekulanten in die Hände«, so teilt Stefanie Remlinger mit. Bei stark heruntergekommen Wohngebäuden habe es sich zudem als sinnvoll erwiesen, nicht nur das Zweckentfremdungsgesetz, sondern auch das Wohnungsaufsichtsgesetz anzuwenden. Dann wird nicht nur der Bereich Zweckentfremdung im Amt für Bürgerdienste aktiv, sondern auch das Stadtentwicklungsamt. »Bußgelder sollten von beiden Bereichen […] gemeinsam erlassen werden, um die Höhe des Bußgeldes in die Höhe zu treiben.«

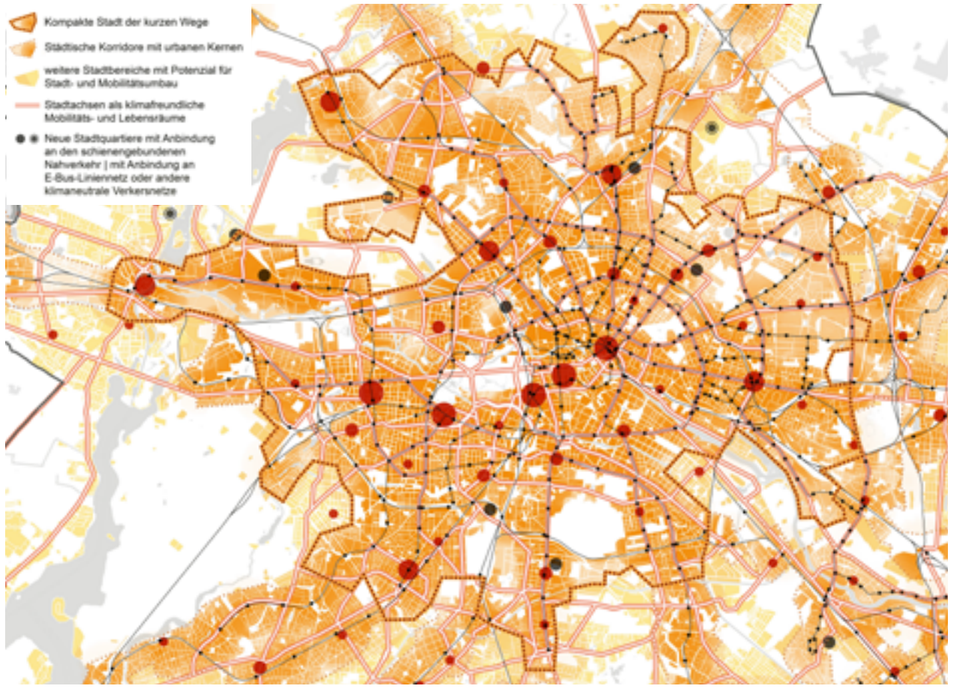
Verfassungsgericht bestätigte Zweckentfremdungsgesetz

Die Personalausstattung im Bereich Zweckentfremdung sei derzeit zudem angespannt. Von elf »Vollzeitäquivalentstellen« (VZA) waren im Januar 2023 fünf unbesetzt und eine nur in Teilzeit besetzt: »Eine befindet sich in der Ausschreibung, eine weitere Kollegin hat uns Ende 2022 verlassen, eine Kollegin hospitiert bei FM (Facility Management, Anm. d. Red.) und möchte die Abteilung verlassen, eine Kollegin befindet sich bis Ende 2023 in Elternzeit und eine Kollegin (Teilzeit) fällt aufgrund von Krankheit seit über einem Jahr aus.«
Mittelfristig strebe das Bezirksamt, so führt Frau Remlinger weiter aus, eine komplette Stellenbesetzung im Bereich Zweckentfremdung an. »Dadurch soll eine zeitnahe Bearbeitung und Beantwortung von Anfragen, Anträgen und Hinweisen sowie eine schnellstmögliche Umsetzung des Urteils des BVerfG bzw. OVG ermöglicht werden.« Das Bundesverfassungsgericht hat im vergangenen Jahr eine Vorlage des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zurückgewiesen, nach der das Berliner Zweckentfremdungsgesetz verfassungswidrig sein sollte, und dabei die Rechtsauffassung des Bezirks Mitte bestätigt.

Hinweise bitte mit genauen Angaben versehen

Generell können Hinweise zu möglichem Leerstand oder anderweitiger Zweckentfremdung von Wohnraum über folgende Seite getätigt werden: ssl.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/zweckentfremdung_wohnraum/formular/adresswahl.shtml (man kann auch z.B. »Berlin Zweckentfremdung melden« googeln). Die übermittelten Adressen werden dann im Rahmen der bestehenden Kapazitäten überprüft. Dabei sind möglichst genaue Angaben zur Wohnungslage (Vorderhaus, linker oder rechter Seitenflügel, Quergebäude, etc.; Etage; links, Mitte oder rechts bei Blickrichtung vom letzten Treppenabsatz im Treppenhaus aus) sowie – wenn möglich – auch die Nennung von Eigentümern bzw. -innen oder Mietern bzw. -innen erforderlich. Eine Antwort kann jedoch aus datenschutz- und persönlichkeitsrechtlichen Gründen dem oder der Hinweisgeber/-in nicht rückübermittelt werden. Stattdessen verweist die Bezirksbürgermeisterin auf die regelmäßige Unterrichtung des zuständigen BVV-Ausschusses in nicht-öffentlicher Sitzung. *cs*

Ch. Eckelt



»Kompakte Stadt der kurzen Wege«

Der neue »StEP Klima 2.0« offenbart die drastische Abkehr von der »autogerechten Stadt«

Die Grundlagen der Stadtentwicklung Berlins sind in fünf Stadtentwicklungsplänen (abgekürzt: »StEP«) niedergelegt. Es gibt den StEP Wohnen, den StEP Wirtschaft, den StEP Verkehr, den StEP Zentren – und seit dem Jahr 2011 auch den StEP Klima. Ende Dezember 2022 wurde vom Senat dessen aktualisierte Variante »StEP Klima 2.0« beschlossen. Er enthält wichtige Aussagen über die Entwicklungsperspektiven der einzelnen Teilgebiete Berlins. Zudem offenbart er, wie grundlegend sich in den letzten Jahrzehnten das Denken in der Stadtentwicklung geändert hat.

Der »StEP Klima 2.0« soll aufzeigen, wo und wie Berlin klimaschützend wachsen kann und wie und wo sich die Stadt auf die Folgen des Klimawandels einstellen muss. Der Plan beschreibt in fünf Handlungsansätzen räumlich und mit Hilfe von Karten, wo welche Prioritäten zur Klimaanpassung gesetzt werden. Der Handlungsansatz eins, der im Folgenden vorgestellt wird, heißt: »Mit kurzen Wegen das Klima schützen«. Die anderen vier Ansätze beschäftigen sich mit dem notwendigen Umgang mit den Folgen der Klimaerwärmung wie der Anpassung der Stadt an Hitzebelastung, der Klimaoptimierung von Grünflächen, dem Umgang mit Gewässern und Kleingewässern sowie dem Überschwemmungsschutz.

Überall ist Mischgebiet

Im Handlungsansatz der »kurzen Wege« geht es nur vordergründig um den Verkehr in der Stadt. Tatsächlich manifestiert sich hier die drastische Abkehr vom alten Leitbild der »autogerechten Stadt«, das seit der Nachkriegszeit das Denken im Bereich Stadtentwicklung beherrschte und auch heute noch unser Städtebaurecht grundlegend prägt. Seit den 1980er Jahren ist die »Stadt der kurzen Wege« das akademische Gegenmodell dazu.
Die autogerechte Stadt dachte man sich aus Stadtquartieren mit unterschiedlichen, klar getrennten Funktionen, die großen Autostraßen miteinander verbanden: hier Wohnen, da einkaufen und Freizeit genießen, dort (Büro-)arbeiten, irgendwo dazwischen Bildung und zumeist am Rand (und möglichst nahe der Autobahn) Güter produzieren. Die Menschen pendeln mit ihrem Automobil auf gut ausgebauten Straßen zwischen diesen Gebieten.
Statt dieser funktional getrennten Stadt ist in der »kompakten Stadt« die räumliche Trennung von Arbeit, Wohnen und Konsumieren aufgehoben. Überall ist Mischgebiet, sozusagen. Die industrielle Produktion materieller Güter findet im urbanen Raum idealerweise gar nicht mehr statt, zumindest so lange sie mit Emissionen, erhöhtem Güterverkehr oder besonderen Gefahren verbunden ist – Produktentwicklung und Software-Engineering sind natürlich erlaubt. Riesige hochautomatisierte Produktionsanlagen jedoch sind nicht kompakt, denn sie benötigen sehr viel Platz bei relativ wenigen Beschäftigten und erzeugen viel Verkehr.

Privilegierter Stadtraum

Im neuen StEP Klima tritt der Begriff der »kompakten Stadt der kurzen Wege« zudem an die Stelle ansonsten gebräuchlicher Ausdrücke wie »Innenstadt« oder »innere Stadt«. Er beschreibt also eine privilegierte Zone verdichteter Urbanität. Als »kompakte Stadt der kurzen Wege« wird dabei der Teil des Stadtraums definiert, der gut an das Schienennetz des öffentlichen Nahverkehrs angeschlossen und gleichzeitig kompakt bebaut ist. In dieser Zone soll die bauliche Entwicklung und Qualifizierung künftig konzentriert werden, um unnötige Verkehrswege zu vermeiden und die Auswirkungen auf das Klima zu minimieren. Viel deutlicher könnte die Abkehr vom Leitbild der autogerechten Stadt kaum vollzogen werden.
Dieser privilegierte Stadtraum der »kompakten Stadt der kurzen Wege« erstreckt sich im StEP Klima weit über den S-Bahn-Ring hinaus, der bislang zumeist als Grenze der inneren Stadt angesehen wird. Im Norden reicht die kompakte Stadt bis in die Altstadt von Tegel und bis zum U- und S-Bahnhof Wittenau (nicht aber bis ins Märkische Viertel), im Süden bis nach Britz, Alt-Mariendorf und Steglitz (nicht aber bis in die Gropiusstadt). Und in westlicher Richtung erstreckt sie sich über Siemensstadt und Haselhorst hinweg bis zum Bahnhof Spandau und zur Spandauer Altstadt. Auffällig ist: Die Großsiedlungen in Stadtrandlage – gewissermaßen die steingewordene »autogerechte Stadt« – gehören nirgendwo zur »kompakten Stadt«, selbst wenn sie an das Berliner Schienennetz angebunden sind. Und auf der anderen Seite sind in die Zone der kompakten Stadt bemerkenswert viele Industrieflächen einbezogen. Offenbar werden auf diesen Flächen Potenziale für die Entwicklung und Qualifikation der kompakten Stadt vermutet.

Kein Wunschdenken, sondern Marktrealität

Ein gutes Beispiel für so eine Qualifikation ist die Planung für die Entwicklung der Siemensstadt in Spandau: Da wird ein altes Industriegelände von einem High-Tech-Konzern in ein zeitgemäßes Stadtviertel verwandelt, in dem sowohl Wohnen als auch Arbeiten (vor allem Forschen und Entwickeln) und Freizeit stattfindet: die kompakte Stadt der kurzen Wege auf Mikroebene sozusagen. Die klassische Produktion spielt dabei keine Rolle. Im Gegenteil: Der Weltkonzern baut in seinem benachbarten Schaltwerk gerade etwa 400 klassische Industriearbeitsplätze ab.
Auch in Mitte finden sich Beispiele für eine solche kompakte Stadtentwicklung: Auf dem Gelände des ehemaligen Postfuhramtes an der Köpenicker Straße zum Beispiel entstehen Bürogebäude und Wohnhäuser nebeneinander. Am Leopoldplatz hat der Eigentümer zusammen mit dem Bezirk gerade einen Wettbewerb ausgelobt, um das Warenhaus vor Ort zukunftsfähig zu halten und mit Wohnen, Büros und Räumen für soziale Projekte anzureichern. Und in Moabit können wir in der »Europa-City« kritisch begutachten, wie die ersten Ansätze der kompakten Stadt in Berlin umgesetzt wurden (es fehlt zum Beispiel aus heutiger Sicht definitiv ein S-Bahnhof). Das zeigt auch deutlich: Die »kompakte Stadt« ist in der Realität bereits angekommen. Der »StEP Klima 2.0« ist nicht Wunschdenken, sondern Beschreibung realer Kräfte in der Stadtentwicklung. Das private Kapital oder, wenn man so will, »der Markt« folgt dem neuen Leitbild bereits.

»Stadtachsen« statt »Hauptverkehrsstraßen«

Bemerkenswert an der Neufassung des StEP Klima ist auch dessen Umgang mit den Hauptverkehrsstraßen Berlins. Denn der Entwicklungsplan übernimmt nicht einfach das übergeordnete Straßennetz der Stadt in seine Planung, sondern beschränkt sich auf »Stadtachsen«, die er zu »klimafreundlichen Mobilitäts- und Lebensräumen« entwickeln will. Dazu gehören zum Beispiel in der Nördlichen Luisenstadt die Achse aus Brücken- und Heinrich-Heine-Straße, nicht aber die Köpenicker Straße und der Engeldamm. Die Straße Alt-Moabit ist als Stadtachse eingezeichnet, die Turmstraße nicht. Und auch im Wedding ist das bisher übergeordnete Straßennetz der Stufen III (örtliches Straßennetz) und IV (weitere Straßen von besonderer Bedeutung) im Netz der »Stadtachsen« nicht mehr präsent. Dazu gehören beispielsweise die Transvaalstraße oder die Schönwalder Straße, aber auch die ultrabreite Sellerstraße ist hier nicht mehr aufgeführt.

Diese Beschränkung birgt eine gewisse Brisanz. Nicht nur im Bezirk Mitte lässt sich bei diesen »örtlichen« und »weiteren« Hauptverkehrsstraßen in der Vergangenheit eine erhöhte Verwaltungsaktivität konstatieren. Denn hier überschneiden sich die Zuständigkeiten von Bezirk und Senat manchmal geradezu in grotesker Form – man stritt sich wie in der Turmstraße zum Beispiel gerne und ausgiebig darüber, wer für die Anbringung welcher Schilder verantwortlich ist. Solche Straßen werden von der Bevölkerung zudem politisch meist in der Zuständigkeit der Bezirke verortet und als »Kiezstraßen« angesehen. Die Bezirke geraten folglich unter den Druck nachbarschaftlicher und stadtbürgerlicher Initiative, können aber nur auf die tatsächliche Zuständigkeit der Senatsverwaltung verweisen, die sich um lokale Befindlichkeiten meist nicht schert. Das führt zu erhöhtem Schriftverkehr zwischen den Verwaltungsebenen untereinander sowie zwischen der Verwaltung und den Bürgern. Und bindet Arbeitskraft, die für andere Aufgaben nutzbringender eingesetzt werden könnten.
Wenn der Senat unmittelbar nur noch für die im StEP Klima ausgewiesenen »Stadtachsen« zuständig wäre und die Personalausstattung der bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter entsprechend aufgestockt würde, dann ergäbe sich ein relativ gut kommunizierbares Stück »Verwaltungsreform«. *cs*

www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/de/klima

Mitte könnte davon kommen

In den meisten Bezirken verursacht die »Wiederholungswahl« demokratisches Chaos

Zwar ging der Wahlakt diesmal ohne Probleme über die Bühne. Dafür dürfen sich die Bezirke jetzt mit riesigen Problemen durch den Rest der Wahlperiode schleppen. Den Bezirk Mitte hat es dabei noch vergleichsweise milde erwischt.
Auch hier kam es zu deutlichen Verschiebungen des Wahlergebnisses. In der BVV ist die CDU jetzt die zweitstärkste Fraktion, sie hat gegenüber 2021 vier Sitze hinzugewonnen und stellt jetzt 12 Bezirksverordnete. Zwei Sitze musste ihr die SPD, weitere zwei die FDP abgeben. Die alte Zählgemeinschaft aus Grünen und SPD, die erst im Oktober des vergangenen Jahres Stefanie Remlinger zur Bezirksbürgermeisterin wählte, hätte aber mit 28 Stimmen noch eine Mehrheit in der BVV.

Frau Lasić könnte für Ordnung sorgen

Wäre es eine reguläre Wahl gewesen, dann müsste die SPD einen Sitz im Bezirksamt an die CDU abtreten. Dazu könnte es tatsächlich kommen: Im Oktober wurde auch Maja Lasić auf Vorschlag der SPD zur Bezirksstadträtin gewählt. Sie war bis zur Wahl 2021 die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus gewesen, verlor aber ihr Mandat, weil die SPD zwei Wahlkreise in Mitte direkt gewann. Die gingen am 12. Februar an die CDU, so dass Maja Lasić an der Spitze der SPD-Bezirksliste wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen könnte. Falls sie das tut, würde ihr Sitz im Bezirksamt wieder frei. Das Anrecht, einen personellen Vorschlag für ihre Nachfolge zu unterbreiten hätte dann wie gesagt die CDU. Mitte wäre dann demokratietechnisch aus dem Schneider: Die Kräfteverhältnisse im Bezirksamt würden denen in der BVV wieder entsprechen, die Legitimität des höchsten Entscheidungsorgans wäre also hergestellt.

Ch. Eckelt

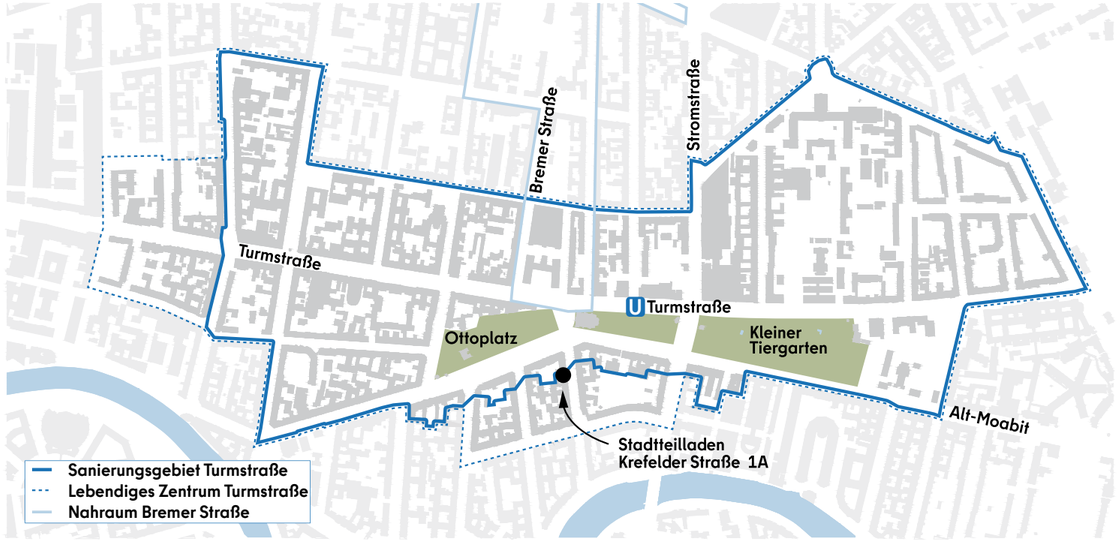
Bezirke in der Demokratie-Krise

In fast allen anderen Berliner Bezirken wird es nicht so glatt laufen (und es ist beim Verfassen dieses Artikels auch nicht gesagt, dass es das in Mitte tut). Denn nach §35 des Bezirksverwaltungsgesetzes sind die Mitglieder des Bezirksamts »für die Dauer der Wahlperiode« gewählt. Und anders als bei einer regulären Wahl hat die »Wiederholungswahl« vom 12. Februar die aktuelle Wahlperiode nicht beendet. Das Abgeordnetenhaus hätte sie freilich beenden können, wenn es sich mit Zweidrittelmehrheit aufgelöst hätte wie in einem ähnlich gelagerten Fall 1993 die Hamburger Bürgerschaft. In Berlin haben aber weder die Regierungsparteien noch die Opposition die Selbstauflösung des Parlaments gefordert.
Deshalb gibt es jetzt diesen Widerspruch zwischen Legalität und Legitimität. Ganz legal, also im Einklang mit dem Gesetz, bleiben die alten Bezirksämter im Amt, die am Anfang der Wahlperiode unter den alten Mehrheitsverhältnissen gebildet worden waren. Das widerspricht aber den demokratischen Ansprüchen, erscheint also den meisten Menschen nicht als legitim. Wenn sich die Bezirksämter freiwillig neu konstituieren würden, offenbarten deren Mitglieder zwar demokratische Gesinnung, verzichteten aber auf finanzielle Ansprüche und Absicherung. Mit Zweidrittelmehrheit könnten die BVVen sie auch abwählen. Dazu müssten ganze Fraktionen aber freiwillig auf Macht verzichten – und das widerspricht sehr grundsätzlich dem demokratischen Auftrag der Parteien, mit legalen Mitteln institutionelle Macht zu erobern.

Rettet uns das Bundesverfassungsgericht?

In fast jedem Bezirk hätte die CDU durch dieses Wahlergebnis den Anspruch auf einen zusätzlichen Posten im Bezirksamt. Und oft auch die besten Chancen, den künftigen Bezirksbürgermeister (bzw. -meisterin) zu stellen. Das ist den Christdemokraten nach dem September 2021 in keinem einzigen Bezirk gelungen. Jetzt aber verfügt die CDU in neun von zwölf Berliner Bezirken über eine einfache Mehrheit in der BVV und säße damit sozusagen in der Pole-Position im Rennen um den Bezirksbürgermeister. In drei dieser Bezirke (Spandau, Reinickendorf, Marzahn-Hellersdorf) könnte es keine demokratischen Zählgemeinschaften ohne die CDU geben. Regulär wäre dort der CDU dieses Amt also kaum zu nehmen, ein Schwebezustand, der umso mehr Schaden verursacht, je länger er andauert.
Möglicherweise schreitet das Bundesverfassungsgericht noch ein, dessen Entscheidung über die Wahlwiederholung in Berlin ja noch aussteht. Ansonsten droht sich die Krise in den Bezirken noch bis zur regulären Neuwahl im Jahr 2026 hinzuziehen. Und das wäre gar nicht gut für Berlin.

cs



Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 –12 Uhr,
donnerstags, 15 –18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Matthias Rogge
(030) 9018-436 32

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Postler (030) 9018-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Karsten Ketzner (030) 33 00 28 35
turmstrasse@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Di 15–18 Uhr, Do 9–11 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Quartiersmanagement Beusselstraße
Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße und Birkenstraße
sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Telefonische Beratung Do 10–13 Uhr
(030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Was ist eigentlich Ihr Problem?

Nun haben wir also auch die Wiederholungswahl hinter uns gebracht, mitten im Februar. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde, der Februar ist der am schwersten zu ertragende Monat in Berlin. Die dicken Winterklamotten lasten auf dem Körper wie die tiefhängenden Wolken auf dem Gemüt, es gibt viele Tage, an denen man nicht einen einzigen Sonnenstrahl sieht, dann changiert der Himmel bloß von dunkelgrau über etwas heller bis wieder dunkelgrau und dann schwarz.

An einem jener Tage fiel mein Blick auf eines der zahllosen Wahlplakate, die wieder überall hingen. Es war das Plakat einer Satirepartei, darauf stand: »Ganz Berlin hasst die Politik«.

Genau, dachte ich, denn an solchen Februartagen hasst man sowieso so gut wie alles: den Februar, die Kälte, die Nässe, den trüben Himmel, aus dem es ab und an sprühnieselt. Man hasst die miesepetrigen Gesichter in der U-Bahn und noch mehr hasst man jene Leute, die mit penetrant guter »Ich dusche jeden Morgen kalt«-Laune ihre Überlegenheit demonstrieren. Man hasst die Pullover, Jacken, Mützen, Schals, in die man sich einpacken und aus denen man sich am Ankunftsort mühsam wieder pellen muss. Man hasst den Blick aufs Konto, weil der einen an so hässliche Dinge wie Inflation und die nächste Betriebskostenabrechnung denken lässt und an die gedrosselte Heizung. Genaugenommen hasst man im Februar so ziemlich alles, außer das eigene Bett, in dem man sich nur zu gern zum Winterschlaf verkriechen möchte. Warum dann nicht auch »die Politik«.

Dann fiel mein Blick auf ein anderes Plakat der Satirepartei, darauf stand »Was ist eigentlich Ihr Problem?« Ha! Genau das wollte ich in den letzten Wochen auch immer fragen, wenn in manchen Medien das große Berlin-Bashing gepflegt wurde. Glaubte man denen, dann war die Stadt zwar kein »failed state«, so doch eine »failed capital«; wenn schon keine Bananenrepublik, so doch eine geradezu schrottreife Bananenmetropole. (Großbritannien hat übrigens in den letzten sechs Jahren fünf Premierminister erlebt, und Israel hat innerhalb von vier Jahren fünfmal neu gewählt – das nur mal am Rande.) Fragt sich auch, warum dann all die westdeutschen Töchter und Söhne gutbürgerlicher Familien in den ach so verkommenen Sündenpfuhl streben, um hier in sehr teuren Karnickelställen zu hausen – weil man am Kotti ungestraft in die Ecke pinkeln und in Neukölln rund um die Uhr laut Party machen kann und das Koks per Kurier kommt? (Erwähnte ich eigentlich schon, dass ich auch das wohlfeile mediale Berlin-Bashing hasse?)

Gottseidank ist die Stadt, müsste man sie philosophisch einordnen, eher der antiken griechischen Schule der Stoizisten zuzurechnen. Stoisch wurschtelt sich der gemeine Berliner durch seinen Alltag und macht sein Ding, ohne sich von höherbestimmten Widrigkeiten allzu sehr aus dem Konzept bringen zu lassen. Deshalb funktioniert sie immer noch. Dafür liebe ich diese Stadt.

Den wahrscheinlich realistischsten Wahlslogan fand ich dann in Moabit. Auf einer Hauswand stand: »Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn.«

War aber kein Wahlslogan, sondern das Haus der Stadtmission. Und bald ist Frühling.

us